

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Auffrischtes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik u.ä. einseitig jeder Anpruch auf Fortsetzung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. das Kaulend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 123

Dienstag, den 21. Oktober 1930

32. Jahrg.

Finanzlage der Großstädte.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat in voller Uebereinstimmung mit den Organisationen der Städte, den Organen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und allen Sachkennern die schleunigste Erweiterung der Krisenfürsorge gefordert, weil es unmöglich ist, den überaus verheerenden Auswirkungen des Notstandes der langwährenden Erwerbslosigkeit lokal finanziell zu bewältigen. An dieser Forderung ist die Reichsregierung vorübergegangen, um das Sanierungsprogramm des Reichshaushalts nicht zu gefährden, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß dies eine Vogel-Strauß-Politik mit überaus ernsten Folgerungen sein muß. Sondernfalls würde die notwendige Belastung aus dieser Arbeitslosenfürsorge durch zentrale Maßnahmen von dem deutschen Volke verhältnismäßig leichter zu tragen sein, als wenn durch überdurchschnittlich hohe neue Kommunalsteuern gerade in den durch die Arbeitslosigkeit am härtesten betroffenen Bezirken und Gemeinden auch die noch im Gang befindlichen Wirtschaftsbetriebe in unangenehme Weise gefährdet werden.

An Stelle der Ausdehnung der Krisenfürsorge ist die Möglichkeit zur Erhöhung der Wertsteuer mit einem vorausschätzlichen Mehraufkommen von 50 bis 60 Millionen Mark für den Rest des Haushaltsjahres, zur Erhebung einer allgemeinen Getränkesteuer, deren Ertrag bei einem Satz von 10 Prozent auf etwa den gleichen Betrag zu schätzen sein dürfte, und zur Einführung der stark umfrittenen und vom Städtetag mit zutreffenden Gründen wiederholt abgelehnten Bürgerabgabe mit einem möglichen Aufkommen von 120 bis 150 Millionen Mark gegeben worden.

Der Ertrag dieser drei Steuern reicht, wenn die Städte selbst unter dem Zwang der Verhältnisse sie einführen wollten, nicht annähernd aus, um die bereits bestehenden Fehlbeträge des Haushaltsjahres 1930 zu decken. Ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Krise ja auch erhebliche Steuerausfälle bringt, die hier durch rigorosere Einschränkungsmassnahmen innerhalb der Verwaltung nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen!

Die Lage der großstädtlichen Finanzen zwingt immer wieder zur Prüfung der Frage, ob und welche lokalen Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitsmarktlage ergriffen werden können. Die Reichsregierung plant die bekannte Verstärkung des Bauprogramms. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ist anzunehmen, daß bei der Verteilung der Mittel die Großstädte keine besonders günstige Position haben werden. Es ist aber auch nicht damit zu rechnen, daß dadurch eine wirkliche Besserung herbeigeführt werden kann, so sehr man den Versuch einer beschränkten Aktion billigen und fördern mag. Noch sind die deutschen Städte gerade mit ihren bedeutenden schwebenden Krediten über die Gefahrenzone nicht hinaus. Die Konjunkturerholung geht nur sehr langsam voran, nachdem Wirtschaftnot und Kapitalflucht zu einer gefährlichen Verringerung des Spareinlagenumschlages geführt haben. Die Märkte der festverzinslichen Wertpapiere sind seit einigen Wochen in Unruhe, und die Aussicht auf Unterbindung größerer kommunaler Anleihen steht bei der augenblicklichen Lage und der unübersichtlichen politischen Entwicklung nicht günstig; auch die Nachschmelze des Auslandes ist gering. Andererseits muß der große Fehlbetrag des laufenden Haushaltsjahres mindestens vorübergehend — bis neue Steuerbeschlüsse wirksam werden — den kommunalen Kasienbedarf erheblich steigern. Die gegenwärtige Geldmangelerscheinung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß hohe kurzfristige Verbindlichkeiten eine Gefahr bleiben und die Konjunkturerholung wichtigste finanzielle Aufgabe ist, daß vor allem nicht neue Investitionen mit kurzfristigem Verlustkapital in Angriff genommen werden dürfen, auch nicht über erst recht nicht für Notstandsaktionen.

Die bedeutendste Aufgabe aber wird den deutschen Großstädten wie allen öffentlichen Körperschaften bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 1931 erwachsen. Es darf nur ein Etat vollständiger Nüchternheit und klarer Erkenntnis unserer Gesamtlage sein. Überall wird man Erwerbsordnendes und Schönes offen müssen, um Wichtiges zu erhalten! Vor allem aber muß die organisierte Verbesserung des Verwaltungsapparates, die wirtschaftlichste Vorkaution vermeidbarer Kosten und die volle Durchleuchtung der Zahlen überall durchgeführt werden. Auch dann wird es bei der Steigerung der Wohlfühlkraft und dem Rückgang der Einnahmen nicht möglich sein, ohne neue steuerliche Belastungen durchzuführen, und es stehen gerade den großen Gemeinden schwere politische Kämpfe in den Selbstverwaltungsorganen bevor, deren positive Austragung aber nur möglich ist,

wenn auch bei der Finanzausgleichsgegebung auf diese städtischen Lebensbedürfnisse mehr Rücksicht als bisher genommen wird. Aber in allen Schwierigkeiten der Gegenwart wollen wir nicht vergessen, daß Zeiten schwerer Not, wie sie die deutschen Großstädte gegenwärtig durchleben, dann nicht unfruchtbar gewesen sind, wenn sie Antrieb und Zwang zur Verbesserung und Verbesserung unserer öffentlichen Leistungen werden und uns allen in immer größerer Maße das Gewissen läutern für die sparsame Verwaltung öffentlicher Gelder.

Die große Debatte.

Sturmjahren im Reichstag.

Berlin, 17. Oktober

Der Reichstag begann seine Sitzung bereits um 10 Uhr vormittags, und zwar wurde zunächst der

Gesetzesentwurf über die Schuldentilgung

beraten. Als erster Redner kam der Kommunist Dr. Neubauer zu Wort, um einen kommunalistischen Antrag auf beschleunigte Befreiung der Kapitalverleiher zu begründen. Als er hierbei erklärte, daß der Nationalsozialist Feber für vor dem Hitler-Kauf sein Kapital ins Ausland gebracht habe, kam es zu tumultarischen Zwischenfällen.

Der Abg. Feber bezeichnete die von Dr. Neubauer gegen ihn erhobene Beschuldigung der Kapitalverleiherung als eine Lüge, was Dr. Neubauer mit dem Zuruf: „Sie unverschämter Bursche!“ beantwortete, worauf Präsident Ebe bei der Ordnung rief.

Abg. Dr. D u a a (Dn.) wünschte von dem Finanzminister die eigentlichen Fühler Deutschlands zu erfahren. Auch mit der vorliegenden Ansicht würden die Finanzen nicht in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht den deutschen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und gleichzeitig aus den Mitteln des verarmten deutschen Volkes den riesigen Militarismus zu finanzieren, den die Welt je gesehen hat, den französischen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich,

von den Nationalsozialisten mit lauten Zurufen empfangen, gab zunächst eine zahlenmäßige Aufstellung der schwebenden deutschen Schuld, die 1,213 Milliarden beträgt. Mit der Anleiheentlastung werde es gelingen, den Etat zu balancieren und die schwebende Schuld abzudecken.

Er erklärte dann mit erhobener Stimme, daß er bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe mit seinem Wort die Verwendung irgendeines deutschen Monopols zugelassen oder versprochen habe, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Young-Vertrages verzichten würde. Diese Erklärung gebe er für die gesamte Reichsregierung ab.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers wurden mehrfach durch hitlerische Zurufe von nationalsozialistischer Seite unterbrochen, vielfach vermahnte er sich taum verständig zu machen.

Der Abg. Reil (Soz.) erklärte die Bereitschaft der Sozialdemokraten, mit allen Kräften an der Ordnung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Als er dann das Protokoll der Bernehmung eines Münchener Polizeibeamten über die Abhebung eines Aktienpakets von einem Bankhaus im November 1928, wenige Tage vor dem Rapp-Kauf, seitens des Abgeordneten Feber verliest, kam es zu neuen turbulenten Szenen. Die leidenschaftlichen Zwischenrufe auf nationalsozialistischer Seite führten u. a. zur Ausschließung des Abg. Koch-Dittrichs (Nat.-Soz.) von der Sitzung.

Abg. Dr. Ba n a (Dn.) meinte, daß sich die Regierung über die finanzielle Wirkung ihrer Vorlage täusche. Alle Behauptungen des Ministers in seiner vorjährigen Rundrede über die deutsche Finanzentwicklung seien durch die Tatsachen widerlegt worden.

Nach Ablehnung deutsch-nationaler und nationalsozialistischer Änderungsanträge wurde das Schuldentilgungsgesetz nach der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuß überreicht.

Die Aussprache

über die Regierungserklärung wird dann eingeleitet durch den

Abg. Müller-Franken (Soz.)

Die Nationalsozialisten und ein großer Teil der Deutschen verlassen den Saal. Der Redner erklärte, daß nach dem durch die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes ausgedrückten Vertrauen der Mittrauenanträge eigentlich überflüssig seien. Die Sozialdemokratie wird sich von keiner Partei den Zeitpunkt vorschreiben lassen, an dem sie zum Angriff gegen dieses Kabinett vorgeht. Sie wird in ihrer Haltung bekräftigt durch das Zutreten der Deutschen und der Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Der nationalsozialistische Wirtschaftsladenführer hat zur Aufhebung der Zinstrestschaff eine Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, die er voll inhaltlich abgeschlossen hat und zwar aus dem dritten Buch Moses, Kapitel 25. Es ist bezeichnend, daß die Nationalsozialisten ihre Anleihe ausgerechnet bei Moses und den Propheten machen (hitlerische Heiterkeit).

Die vollständige Aufhebung dieser Notverordnung würde aber nicht zu verantworten, weil sonst die Arbeitslosenversicherung verloren wäre.

In der Außenpolitik stimmen wir der Erklärung des Reichstanzlers zu. Hitler hat in der Auslandspresse ja erklärt, ein von ihm geführtes Deutschland werde alle Verpflichtungen erfüllen. Im Abdruck des Reichstanzlers' Redens ist allerdings die Bemerkung (hört, hört). Zum Schluß erklärt der Redner, daß die Sozialdemokratie ein Wort gegen jede Reaktion sei. (Beifall bei den Soz.)

Schöhr übernimmt das Präsidium.

Präsident Ebe übergibt die Leitung darauf dem Vizepräsidenten Schöhr.

Abg. Straffer (Nat. Soz.)

wird von seinen Freunden mit lebhaften Heil-Rufen begrüßt. Er betont, daß seine Partei von deutscher Art sei. Die Bilanz des zwölftägigen Reichstages werde alle Verpflichtungen erfüllen. Im Abdruck des Reichstanzlers' Redens ist allerdings die Bemerkung (hört, hört). Zum Schluß erklärt der Redner, daß die Sozialdemokratie ein Wort gegen jede Reaktion sei. (Beifall bei den Soz.)

Der Saal bringt fast Jähren die Steuern nur noch herbei, indem er die Interessen der einzelnen Berufsstände gegeneinander auspielt. Dieser Staat steuert das Volk immer tiefer in die Schuld der Armut hinein. Was ist aus dem Bismarck'schen Reich geworden? Es herrscht Fäulnis, Korruption, Verbrechen. Das ist die Bilanz ihrer (zu den Soz.) zwölf Jahre!

(Stürmischer Beifall bei den Nat. Soz.) Wir sind die Vertreter des neuen Deutschlands!

Wir werden raub, aber ehlich die fittliche Staatsidee wieder durchsetzen. Unser Ziel ist die Befreiung des Völkchens in der deutschen Wirtschaft, das Befreiung der Arbeitslosigkeit und Befreiung der Landwirte, gerechter Arbeitslohn und Neuordnung unserer Landwirtschaft. Wir verlangen nicht nur ein Arbeitsdienstgesetz, sondern eine allgemeine Wehr- und Arbeitspflicht. (Beifall rechts.)

Dann werden die Kräfte gewonnen, die die Verträge auf neue Grundlagen stellen werden. Das Volk hat uns für unsere Ideen einen Vertrauensvotum gegeben, das wir in der Befreiung aller parlamentarischen Länder noch nicht da gewesen ist (Zustimmung rechts). Das Vertrauen des Auslandes ist nicht durch uns, sondern durch die Markmachtrichter der jüdisch-margittischen Presse geföhrt worden. Wir wollen keine Klassenhege und keine Judenverfolgung, sondern nur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben. (Lebh. Beif. b. d. Nat. Soz.)

Wir wollen keinen neuen Krieg, denn die Welt kann nur gefunden, wenn die kührenden alten Kulturvölker unter sich gefunden. Wir scheuen aber einen Krieg nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, die deutsche Freiheit wieder herzustellen.

(Beifall rechts.) Wahrheit allein wird das Volksgut der Kriegsschuldigen weiten. Der Redner äußert sich dann zu der Erklärung des Abg. Müller, das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten sei von Moses und den Propheten abgeschrieben. Er erklärt: Moses war zweifellos einer der größten Gesetzgeber, und wenn er sich damals gegen den Zinsucher wandte, dann ist das ein Beweis, daß die Juden damals genau so waren wie heute. (Stürmischer Beifall rechts.) Der Redner geht dann auf die Regierungserklärung ein. Sozialpolitik ist notwendig, dürfe aber nicht zu einem Verborgeneninstitut von Behtaufenden, sozialdemokratischer Jauler werden. (Erneuter Beifall rechts.) Die Außenpolitik habe uns auch nicht einen Zentimeter vorwärts gebracht. Der Reichstanzler werde man Herr werden, wenn man sie dem Landesrat gleichstellt und sie mit Zuchthaus bestrafe. Aus der Tatsache der Nichtabklärung der anderen Staaten sollte man die Folgerung ziehen und den Verfall der Vertrag als ungültig erklären. Der Redner spricht zum Schluß der Regierung das Mißtrauen seiner Partei aus, besonders dem Minister Brenner, der die Politik des Vertrauens verlasse. (Der Reichstanzler verläßt den Saal.)

Vizepräsident Schöhr verläßt darauf hin, daß der Abg. Straffer dem Minister Brenner Eidbruch vorgeworfen habe. Dafür müsse er ihn zur Ordnung rufen.

Abg. Dietrich (Dn.)

stellt fest, daß die Minister der Rede des Nationalsozialisten anständig zugehört hätten. Die Kommunisten würden dafür sorgen, daß die Minister für immer von diesen Bänken verschwinden. (Während der Rede leert sich der Saal fast vollständig.) Die Rede des Reichstanzlers ist gewissermaßen die Saure zu dem Braten gewesen, den man der Bourgeoisie servierte. Das Programm sei ein Hungerprogramm.

Der Lohn- und Gehaltsabbau bedeute das Gegenteil von einer Stärkung der Kaufkraft. Hier zeige sich der ganze faule Zauber des Programms der Regierung. Als der Redner die Aufhebung des Reichstanzlers' Kampfbundes und der Antifaschistischen Jugendorganisation der KPD fordert, erheben sich die Kommunisten und bringen ein dreimaliges „Rot Front!“ auf diese Organisationen aus. Wir wollen, so schließt der Redner, das freie Sowjet-Deutschland!

Abg. Joos (Frp.)

erklärt, keine Fraktion billige die Regierungserklärung in ihrem Ziel und in den Wegen zu diesem Ziel. Die Zeiten

jeien to ernst, daß eine Aufhebung der Notverordnung nicht zu verantworten sei. (Unruhe bei den Komm.) Die Regierung hat eine große Arbeit zu bewältigen, die durch lärmende Agitation nicht erleichtert wird. Unter der heutigen Strafe leiden alle Länder, so daß es sicherlich ist, sie auf Befehl der Regierung oder auf die Repression zu zurückzuführen. Nur im Zusammenwirken der Länder wird diese Bekämpfung bestehen können.

Abg. von Emdener-Wildau (Soz.)

verleitet eine Erklärung, in der es heißt, angelehnt an die durch jahrelange Wirtschaft eingetragenen Finanznot müsse der ausgeübte Vermaltungapparat richtigerweise abgebaut werden, auch durch Anangriffnahme der Reichsreform. Bei der Verbesserung der Notverordnungen seien marxistische Expe- rimente zu vermeiden.

Abg. Dr. Hoegner (Soz.)

legt sich mit den Ausführungen des Abg. Straßer ausein- ander, bei der Unruhe als Schranken des Reichstags bezeich- net worden sei. Seine Rede habe bereits deutliche Spuren nationalsozialistischer Tätigkeit in Länderregierungen ge- zeigt. Die Sozialdemokratie sei mit Straßer einig in der schärfsten Beurteilung des Verfallens der Reichsreform; sie habe auch immer die Füge von der Weimarer Republik in der schärfsten Weise beurteilt. Der Redner wendet sich dann gegen den deutschen Nationalen Abg. Oberdorfer und zitiert Heffers Reichstagsreden aus der Kriegszeit über die Kriegsergebnisse, die den Feinden auferlegt werden sollten. Es sei nicht national, wenn Helfer am Tage des Ruhesturms der Franzosen in München sagten: „Nicht tiefer mit den Franzosen, sondern wieder mit den November- verbrochenen!“ (Münchener Botschaften der Nat.- Soz.) National sei es auch nicht, wenn die Nationalsozialisten ein Ministerkabinett mit Straßen anrufen und dafür die Deutschen Schicksals der nationalen Unterdrückung preis- geben. Die weiteren Ausführungen des Redners gehen in den Tumulten der Nationalsozialisten unter.

Inzwischen begibt sich Abg. Seering (Soz.) zum Präsi- denten, worauf dieser den Abg. Seering (Soz.) wegen Bedrohung des Redners aus dem Saal weist. Unmittelbar darauf verläßt auch Abg. Seering den Saal, indem er durch die Reihen der Nationalsozialisten geht. Fast die ganze nationalsozialistische Fraktion folgt ihm. Auch die Sozial- demokraten begeben sich in die Wandelgänge, in denen es zu hitzerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Par- teien kommt, in denen Verlauf von den Nationalsozialisten den Sozialdemokraten zugehen wird: „Aufgehängt werdet ihr ja doch alle!“ Präsident Löss greift schließlich ein und schließt den Streit.

Abg. Hoegner (Soz.) legt seine Ausführungen fort, wo- bei er besonders den nationalsozialistischen Abg. Muffshamm angreift. Von den Nationalsozialisten erkennen laute Ent- würdigung. Vizepräsident Effer stellt fest, daß der Redner lebendig zitiert habe.

Der Abg. Muffshamm (Nat.-Soz.) trifft vor die Redner- tribüne und ruft dem Redner zu: „Ich klage Sie öffentlich der Lüge an!“ Durch Schlußruf der Nationalsozialisten wird der Redner an der Fortsetzung seiner Ausführungen gehindert. Erst nach wiederholten Bemühungen des Präsi- denten tritt wieder etwas Ruhe ein.

Darauf wird ein kommunistischer Antrag, die als Hoffe- streitigkeiten verhasste kommunistische Abgeordnete Frau Müllers sofort freizulassen, mit den Stimmen der Kommu- nisten, Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Nat- ionalsozialisten angenommen.

In der weiteren Aussprache wird Abg. Schmidt- hammer (Dnl.) den Sozialdemokraten vor, sie wollten ihre jetzige Haltung durch die überhöhten Ausführungen des Abg. Hoegner überwinden. (Großer Lärm bei den Soz.) Die Angriffe gegen Heffers und einen Mann wie Hitler reihten der nationalen Opposition nicht bis an die Tiefstspitzen. Die Sozialdemokratie handele jetzt nach dem Motto: Der Unfall ist des Müllers Zucht. (Große Heiterkeit.) Der Redner geht dann auf das Wehrproblem ein und erklärt, der Weh- ringer Prozeß sei die Wiederholung der Politik der gleichen Mitte auf wehrpolitischem Gebiet, wie der Minoar Land- wehrprozeß die Wiederholung des Systems Braun sei. Neben dem Gehörmaß müsse das Vertrauen stehen.

Die Zerlegung des Verfallens Systems und die zuneh- mende wehrpolitische Isolierung Frankreichs böten einer diplomatischen Offensive Deutschlands auf dem Gebiete der Rüstungs- und Wehrstrategien beste Chancen. Die beste Wehr- und Sanierungspolitik der Regierung sei ihr Rück- tritt und die Lösung der Preußenkoalition.

Anschließend ist folgender Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Staatspartei und der Volksnationalen eingegangen: Der Reichstag nimmt die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis und geht über alle eingebrachten Miß- trauensanträge, auch die gegen einzelne Minister ge- richteten, zur Tagesordnung über.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) erklärt, durch Zeugenaussage Hillers sei festgestellt worden, daß die Friede- nensgesellschaft und die Liga für Menschenrechte für ihre Tätigkeit vom Ausland bezahlt werden. Niemand wird bestritten können, daß das Ausland nach dem 14. September mehr und sympathischer über eine Revision gesprochen hat als vorher. (Zustimmung rechts.) Das ist lebendig der Siege des Nationalsozialismus zu verdanken, nicht der Tat- sache, daß die Soz. den Soz.) einige Mandate verloren haben. (Heiterkeit rechts.)

Neue Tumulte im Reichstag.

Mahnung Lösses zu sachlicher Arbeit.

Berlin, 19. Oktober.

Präsident Löss eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und teilt mit, daß der Abg. Leber (Soz.) sein Bedauern über den unparlamentarischen Zwischenfall, der gestern seinen Ausschluß von der Sitzung zur Folge hatte, ausgesprochen habe. Der Präsident fügt hinzu, er begrüße diese Erklärung, die an einer Ordnungsmäßigkeit allerdings nichts ändere.

Er richte bei dieser Gelegenheit nochmals an alle Par- teien die Mahnung, sich zu mäßen, damit man nach und nach aus dem Toben zu ruhigen Verhandlungen komme.

Zur dritten Beratung liegt zunächst die Ergänzung zum Handelsabkommen mit Finnland über den Butter- und Käsefall.

Die Schlußabstimmung wird zurückgestellt.

Bei der dritten Beratung des Schuldentilgungsgesetzes wird Abg. Dr. Ua a a g dem Finanzminister vor, daß er seine Berechnungen zu optimistisch aufgestellt habe. Abg. Feder (Nat.-Soz.) beziffert die Schulden der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft auf insgesamt 60 Milliarden, von denen 20 Milliarden Zustandschulden seien.

Auch hier werden die Abstimmungen zurückgestellt. Das Haus legt dann die Aussprache über die Regie- rungsklärung fort.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.)

weist darauf hin, daß nach der Entscheidung des Alettenrats zunächst über die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister entschieden werden solle und dann erst über die Anträge gegen das Gesamtkabinett. Dadurch werde keine Fraktion zu weiteren Mißtrauensanträgen veranlaßt. Sie habe solche eingebracht gegen den Außenminister Dr. Curtius wegen seiner Haltung in Genf, gegen den Reichswehr- minister Groener wegen seiner wehrpolitischen Einstellung und gegen den Innenminister Dr. Wirth, der durch Sperre der hüringischen Polizeigewalt und die Stellungnahme gegen die Schulgelte Schrittmacher marxistischer Partei- politik geworden sei. (Gelächter bei den Soz.)

Abg. Goltzheimer (Dnl.)

legt gleichfalls neue Mißtrauensanträge gegen den Außen- minister Dr. Curtius, den Innenminister Dr. Wirth und den Minister Treubmann vor.

Abg. Böhrich (Landvolk.)

erklärt, daß aus Gründen des Rechts und der Moral nicht nur eine Revision des Youngplans, sondern eine Befestigung des Verfallens Friedensvertrages, und aller Verträge, die darauf aufgebaut sind, verlangt werden müsse. Die deutsche Außenpolitik habe vollkommen verlernt. Wenn die Gegner nicht endlich abtrüben, dann müsse auch Deutschland seine volle Wehrfreiheit verlangen. Im Verhältnis zu dem Eintritten anderer Vorkriegszeiten seien die Weimarer- verträge und die Weimarer Verträge zu hoch. Der Redner dankt dem Reichstagspräsidenten und dem Reichsernährungs- minister für ihre Arbeit im Interesse der deutschen Landwirt- schaft. (Unruhe b. d. Nat.-Soz.)

Der Redner betont, daß seine Partei die Notverordnung und die neuen Vorlagen sachlich prüfen werde. Der Reparationsantrag Fugersberger werde auch keine Hilfe bring- en. Bei einer Regierungsumbildung müsse dem Ausgang der letzten Wahlen Rechnung getragen werden. Die Land- volkpartei werde dem Mißtrauensantrag gegen das Gesam- tkabinett zustimmen.

Abg. Torgler (Komm.)

erklärt, seine Freunde könnten für die nationalsozialistischen Mißtrauensanträge wegen der ihnen beigegebenen Begrün- dungen nicht stimmen. Sie würden aber die ohne Motivie- rungen eingebrachten deutschen nationalsozialistischen Anträge zustimmen.

Abg. Simpendörfer (Chr. Soz.)

lagt, der Christlich Soziale Volksdienst betrachte sich nicht als eine Partei, sondern als eine evangelische Bewegung mit dem Ziel, die sittlichen Kräfte der Nation zur festeren Entfaltung zu bringen. Wenn der Staatspartei unterstellt sei, daß der Volksdienst dadurch, daß er antimarxistisch sei.

Er sei national und bürme sich gegen den Druck ange- rechter Verträge auf. Er sei sozial und empöre sich gegen eine Wirtschaftsverordnung, die die Lasten dem Schwachen aufbürde.

Der Volksdienst könne einer Aufhebung der Notverordnung nicht zustimmen, wünsche aber zahlreiche Verbesserungen.

Abg. Abel (Volksnat. Reichsogg.)

wendet sich gegen die Nationalsozialisten, die nur negativ wirkten und Greifhalscherei betrieben. Seine Freunde leh- nen es ab, einem Mißtrauensantrag gegen den Außenmini- ster zuzustimmen, um auf diese Weise das ganze Kabinett zu stürzen.

Reichstagsmehrheit für Brüning

In der ersten Abendstunde fiel die Entscheidung. Nach Beendigung der Aussprache wurde folgender Antrag mit 318 gegen 236 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen:

„Der Reichstag nimmt die Erklärung der Reichsregie- rung zur Kenntnis und geht über alle eingebrachten Mißtrauensanträge, auch die gegen einzelne Minister gerichteten, zur Tagesordnung über.“

(Reichstagsfortsetzung)

Die Kanzlerrede wurde von der Mehrheit mit 418 St- immen bei 111 Enthaltungen Minister Dietrich drück- ten Reichstagspräsident gratulierend die Hand. Bei den Deutsch- nationalen und Nationalsozialisten herrschte große Unruhe.

Der Abgeordnete Bauhoff (Christl.-Soz.) kann infolge der andauernden Bewegung unter den Abgeordneten kaum zu Worte kommen. Präsident Löss unterbricht deshalb die Sit- zung auf fünf Minuten. Nach Wiedereröffnung erklärt Abg. Bauhoff der Regierung das Vertrauen seiner Freunde. Abg. Dietrich (Christl.-Soz.) betonte in seiner Erklärung, daß seine Partei trotz schwerer Bedenken dem Leberbräu- kreditt im Interesse von Staat und Wirtschaft zustimme, ohne daß das aber als ein Vertrauensvotum für die Regie- rung aufgefaßt werden dürfe. Seine Partei halte nach wie vor an der Forderung auf Umänderung der Regierung fest. Damit schließt die Aussprache. An den nun folgenden persönlichen Bemerkungen gibt Abg. von Odenburg-Jann- chow (Dnl.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß die Rede des Reichstagspräsidenten „Beifall gefunden habe bei den be- währtesten Führern: Kommunisten und Sozialdemokraten“. Präsi- dent Löss stellt fest, daß kein Romantik Beifall geflächert hätte.

Abg. Schmidt-Hammer fordert vom Reichstagspräsidenten, daß er die gegen ihn erhobenen Be- schimpfungen zurücknehmen solle. Reichstagspräsident erklärt sofort, daß er es nach der Feststellung des Reichstags- prääsidenten nicht für notwendig halte, auf die Bemerkung des Herrn von Odenburg zu antworten. Abg. Schmidt- chow dankt dem Reichstagspräsidenten für die Erklärung, die er durchgeführte Anträge in der Sitzung gebracht. In der nun folgenden Abstimmung wird ein kommuni- stischer Antrag auf Auslegung der Sitzung abgelehnt, der Vorbescheid des Alettenrats über die vorläufige Diktandür-

ung ab 1. November um 20 Prozent und der Diktand für die Auszahlungen um die Hälfte genehmigt. — In der Schlußabstimmung wird das deutsch-finnische Zugabkom- men angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird das Schuldentilgungs- gesetz mit 325 gegen 237 angenommen.

Dann wird über die zur Regierungserklärung vorgeleg- ten Anträge der Parteien abgestimmt. Abg. Dr. Goltzheimer (Dnl.) widerspricht der beantragten Beschlußübernahme der Notverordnung und der dazu vorgelegten Anträge. Als darauf bei der namentlichen Abstimmung die Sozialdemo- kraten die weißen Sa-Karten erheben, ruft ein nationalso- zialistischer Sprecher: „Wer hat uns verraten — die Sozial- demokraten!“ Auf Zurufe der Sozialdemokraten brechen die Kommunisten in Niederzufe auf die „Sozialfaschisten“ aus. Die Nationalsozialisten rufen dreimal „Deutschland erwache!“ Als Antwort stimmen die Kommunisten die erste Strategie der Internationale an. Während dieser Störungen werden die Stimmzettel eingeklemmt. Präsident Löss droht ver- schärfte Maßnahmen gegen die Störer an, worauf endlich etwas Ruhe eintritt.

Die Anträge auf Aufhebung oder Revision des Young- plans sowie die übrigen außerpolitischen Anträge werden in namentlicher Abstimmung mit 323 gegen 236 Stimmen an den zuständigen Ausschuss überwiesen, dagegen wird die Beschlußübernahme der Amnestieanträge gegen So- zialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Bayerische Volks- partei abgelehnt, ebenso der deutsch-nationale Amnestieantrag in erster Lesung. Annahme findet in zweiter Lesung ein Am- nestieantrag des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Straf- freiheit für Vergehen politischer Art jagt, soweit sie nicht gegen Regierungsmitglieder gerichtet waren. Ein kommuni- stischer Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe an die Sozialrentner geht an den Haushaltsausschuss. Abgelehnt wird gegen Kommunisten und Nationalsozialisten die bean- tragte Aufhebung des Schiedsspruches für die Berliner Me- tallindustrie, der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nat- ionalsozialisten angenommen. Der Antrag wegen einer Hil- fe geht an den Haushaltsausschuss, ebenso nationalsozialisti- sche und kommunistische Anträge auf Aufhebung des Erlas- ses über Gefahrfürung der Reichsangehörigen.

Es folgt nun die oben erwähnte Abstimmung über den Antrag, der den Lebergang zur Tagesordnung über sämtliche geltenden 13 Mißtrauensanträge auspricht. Gegen diesen Antrag stimmen nur die Nationalsozialisten, Deutsch-natio- nalen, Kommunisten und das Landvolk. — Um 11 Uhr nachts war die Sitzung beendet. Die nächste Reichstagsitzung ist auf den 3. Dezember angelegt.

Kleine Parteien kommen zu kurz.

Unterbrechung der Landtags-Sitzung.

Berlin, 18. Oktober.

Im Preussischen Landtag entstand während der Aus- sprache über die Aufstellungsanträge eine Auseinandersetzung über die Bemessung der Redezeit für die Fraktionen. Die Nationalsozialisten und der Christlich-Soziale Volks- dienst hatten insgesamt nur eine Redezeit von einer halben Stunde, die der nationalsozialistische Redner für sich voll ausnutzte.

Der Redner des Christlich-Sozialen Volksdienstes kam dadurch zu Wort. Er erklärte, der Beschlußordnung, die Nationalsozialisten hätten ihm mit Absicht das Wort ab- geschnitten, weil der Christlich-Soziale Volksdienst bei der Präsidentenwahl nicht nach den Wünschen der Nationalsozialisten gestimmt habe. Auf Antrag der Demo- kraten wurde die Vollstunde auf eine halbe Stunde unter- brochen, um dem Alettenrat Gelegenheit zu geben, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilte Präsident Löss mit, daß der Alettenrat beschließen habe, Änderungen an der festgesetzten Rede- zeit nachträglich nicht mehr vorzunehmen.

Wie jetzt feststeht, finden die Abstimmungen über die Anträge auf Landtagsauflösung usw. erst am Dienstag statt.

Es war ursprünglich vorgesehen, die Abstimmungen um 14 Uhr vorzunehmen, wenn bis dahin die Aussprache ab- geschlossen wäre. Es gelang auch, die Aussprache so zu be- schleunigen, daß der letzte Redner um diese Zeit seine Aus- führungen beendet hatte. Jetzt machten aber die antrag- stellenden Parteien ihr Recht auf das ihnen zustehende Schlußwort geltend. Die Folge davon war, daß die Ab- stimmungen nun erst am Dienstag vorgenommen werden sollen.

Der Polizeifreit mit Thüringen.

Neue Anlagenschrift des Reichsinnenministers.

Weimar, 19. Oktober.

In dem Polizeifreit zwischen dem Reich und Thüringen hat der Reichsinnenminister an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine neue Anlagenschrift gegen Thürin- gen gerichtet. Er hält dabei die alten Vorwürfe aufrecht, daß Minister Dr. Fried unmittelbar nach seinem Amtsantritt Schritte getan habe, um die thüringische Schutzpolizei durch planmäßiges Einschleichen nationalsozialistischer Kräfte zu zerlegen. Am Ende der Denkschrift erklärt der Reichsinnen- minister: Selbst wenn nur ein Teil dieser handlungslosen Zu- fälle beweisbar wäre, würde das ausreichen, um die Thürin- ger Polizei für das Reich völlig zu entwerfen.

Das thüringische Staatsministerium hat jetzt dem Staatsgerichtshof eine Gegenentschrift zugehen lassen. Darin wird erklärt, daß keiner der aufgeführten Fälle ge- eignet sei, die Behauptungen des Reichsinnenministeriums zu beweisen. Die Landespolizei Thüringens sei bis zum Februar 1924 unter den Vorsetzungen bewußt einseitig links ausgegossen worden. Das Offizierskorps habe über- wiegend aus Sozialdemokraten und marxistisch aus- gerichteten Kommunisten bestanden. Mit der Übernahme der Regie- rung durch bürgerliche Parteien im Februar 1924 sei durch Reueinstellung der Referentenstellen im Ministerium und Neueinstellung einer großen Zahl geeigneter Polizeioffiziere ein scharfer Wechsel eingetreten.

Das Staatsministerium erklärt es im Gegenfall zu der Behauptung des Reichsinnenministeriums von den han- dellosen Zuständen bei der thüringischen Polizei aller- dings für einen handlungslosen Zustand, wenn dem Lande Thüringens Polizeifreistellung vorenthalten würde, zu deren Leistungen das Reich zweifelslos verpflichtet sei. Das thüringische Staatsministerium wiederholt seinen frühe- ren Antrag und bittet den Staatsgerichtshof, namentlich durch einseitige Verfügung die vorläufige Weiterzahlung der Polizeifreistellungsumfänge im bisherigen Umfang anzuordnen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 20. Oktober 1930

Was darf der Erbkäse nicht essen?

Die Ernährung ist beim Bekleben von Gefäßsträngen sehr zu beachten. Der alleinige Saft man als für einseitige Speisen, wie Milchsuppen, Eier und Hühnerfleisch, fort. Genuß muß der Genuß von Tabak, Alkohol, Rohkaffee, Tee und Kaffee vermieden werden, und dann ist vor allem noch der Gebrauch des Kofolzes auf das äußerste zu beschränken. Wer es fertig bekommt, sich mit vollkommen löslicher Nahrung zu begnügen, der wird alle Beschwerden viel leichter überwinden. Das Kofolz hat nämlich die Eigenschaft, die Schleimhäute zu reizen, sie dauernd zu Entzündungen anzuregen und sie schließlich zu zerstören. Aus diesem Grunde hat man ja neuerdings bei Magenkranken die salzlose Diät eingeführt und gute Erfolge damit erzielt. Es ist dies eine den Vegetariern und Lebensreformern schon lange bekannte Sache, und man findet in den lebensreformistischen Schriften viele Hinweise zum sparsamen Gebrauch des Kofolzes. Am besten ist es, wenn man bei einer Ernährung den Körper so wenig wie möglich mit Nahrung belastet. Einige salzige Gerichte und etwas warmer Fleischsaft, aber möglichst kein lauerer Saft wie Zitronen, Gemüse vollständig bei fieberhaften Zuständen. Die lauren Säften haben nämlich die Wirkung der Mittel auf. In leichteren Fällen, bei denen man nicht zu Bett liegt, also kein Fieber besteht, kann einfache Kost mit viel rohen Nahrungsmitteln gegeben werden.

— Wie spart man Porto? Man begegnet oft einer starken Untermisung der einschlägigen Bestimmungen der Postordnung und der in ihr enthaltenen Möglichkeiten, das Porto zu sparen. Gerade Gomerbetreibende müssen oft nicht, daß in vielen Fällen, in denen unnötigerweise das Briefporto entrichtet wird, das billigere Druckfachporto zugelassen ist. Deshalb verdienen die Bestimmungen über Druckfächer die Beachtung weitaus mehr. Es ist gestattet, handschriftlich, mit der Schreibmaschine, mit Stempeln oder im Druckverfahren 1. Ziffern an offengelegenen Stellen des gedruckten Wortes einzutragen; 2. vorzubehalten die Ziffern zu ändern; 3. offensichtliche Druckfehler zu berichtigen; 4. Stellen des Druckes zu streichen; 5. sonstige Änderungen im Wortlaut sowie Nachtragungen an beliebiger Stelle vorzunehmen, wenn diese Änderungen nicht mehr als fünf Worte umfassen und im Zusammenhang mit dem Vordruck stehen. Die Beachtung dieser Bestimmungen empfiehlt sich besonders beim Versand von Rechnungen, die vielfach unter Briefporto versandt werden, obwohl das billigere Druckfachporto ausreicht würde.

Gerichte von einem blutigen Geschehen durchsetzen gehen vormittag unsere Stadt. Nach den von uns bei der Polizeiverwaltung eingezogenen Erkenntnissen stellt sich der Fall folgendermaßen dar: Der Sattler Willi Rutter aus Wermig ist gestern morgen auf einer Meile, nahe der Stadt, links der Straße Kemberg-Gusch gefangen aufgefunden worden. Es ist festgestellt worden, daß Rutter in der Nacht vorher etwa um 4 Uhr in Kemberg in eine Schlägerei verwickelt gewesen ist. Es ist anzunehmen, daß er in der darauffolgenden heftigen Verurteilung Selbstmord versucht hat. In Verbindung mit diesem Vorfall ist das Gericht aufgefordert, Rutter habe sich nicht selbst erhängt, sondern es seien andere dabei im Spiele gewesen. In dieser Richtung sind die polizeilichen Ermittlungen im Gange.

Das indische Grabmal

Strafsperrung. Wegen Ausföhrung von Erd- und Chauflierungsarbeiten auf der Provinzialstraße Wittenberg-Kemberg-Döben wird die Straße zwischen Kilometer 13,2 und Kilometer 14,2 (zwischen den Ortschaften Kemberg und Döben) für die Zeit vom 20. Oktober 1930 bis auf Weiteres völlig gesperrt. Der Durchgangsverkehr nach Kemberg nach Döben wird über Bad Schmiedeberg vermittelt.

Aufgehobene Straßensperrung. Die unter dem 14. Juli 1930 angeordnete Sperrung zwischen Kilometer 0,000 und Kilometer 3,766 der Provinzialstraße Wittenberg-Kemberg-Döben wird für die Straßenstrecke zwischen Gusch und Ziegelei Lammsober aufgehoben. Diese Straßenstrecke wird mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr freigegeben. — Die Strecke von Ziegelei Lammsober bis Kemberg bleibt bis auf weiteres völlig gesperrt, so daß der Durchgangsverkehr von Gusch nach Kemberg weiterhin über Wermig geleitet werden muß.

Verein Dübener-Heide. Auch in Schmiedeberg wird die Gründung der Ortsgruppe eifrig betrieben. Nach ausgeübten Verhandlungen im Stadtparlament, bei denen mitgeteilt wurde, daß die Schmiedeberger Wünsche sich nicht reiflos durchzuführen ließen, wurde beschlossen, die offizielle Gründung nicht durch die städtischen Körperschaften vorzunehmen, sondern einer Einwohnerversammlung zu überlassen. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein hat sich bereits korporativ der Ortsgruppe angeschlossen.

Größenhainden, 17. Oktober. (Sanierungsfragen im Stadtparlament.) Die Stadtorbneordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung in der Dauptfrage mit der Sanierung der städtischen Finanzen. Es gelangte ein Magistratsbescheid zur Verlesung, nach dem die städtischen Betriebswerke, verschiedene Kohlenvorkommen und Grundstücke nach dem Angebot der Landeselektrizität, Lieberlandwerke Saalekreis-Vierfeld in Halle, unter gleichzeitiger Vereinnahmung eines Darlehens von 600.000 RM. an die Landeselektrizität und die Elektrowerke A. G. Berlin veräußert werden sollen. Die Veräußerung sprach sich gegen diesen Beschluß und für einen Antrag Deponat aus, der u. a. folgende Forderungen enthält: Sofortige Durchführung einer Vollanleihe, Sicherung des Angebots der Thüringer Gaswerkstoff, ein Darlehen in Höhe von 17 Millionen RM. auf zu geben, sofortige Aufnahme von Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern.

Dranienbaum. (Der „bombensichere“ Unterstand.) Auf dem Gelände des hiesigen Glashüttengrundstücks ist man einen eigenartigen Gebären auf die Spur gekommen. Einige junge arbeitslose Leute, die scheinbar einen merkwürdigen Arbeitszweck in sich verpflüchten, haben auf dem genannten Gelände einen „bombensicheren Unterstand“ gebaut, der ihnen aus der Kriegszeit in nichts nachsteht. Das Holz zu dem mit Fachsteinen errichteten Bau stammt von der Waldbrandstätte in der Dranienbaum Heide und vielleicht auch noch von einem hiesigen Holzhändler. Der noch nicht ganz fertiggestellte Unterlauf sollte angeblich dazu dienen, ungeföhr Karte spielen (!) zu können. Die Polizei interessierte sich für die Notwendigkeit, und die weitere Untersuchung wird ergeben, ob bei dieser harmlosen Unternehmung ein dunkler Hintergrund besteht, was nicht ausgeschlossen erscheint.

Deffau. Am Donnerstag haben sich zwei Beamte des Staatsministeriums nach Leipzig begeben, um dort mit dem Reichsgerichtspräsidenten und anderen Mitgliedern des Reichsgerichts zu sprechen und zu erörtern, ob das Reichsgericht die Deutschen Reichsverfassungsmäßige Bedeutung entgegensteht — herein sind, in dem in dem Reichsgericht Staatsgericht zu amieren. Eine Antwort ist bisher nicht erteilt worden. Sie wird dem Ministerium schriftlich zugehen.

Döben. Was uns hängen werden will. Mit einem selbstkangefertigten Dietrich veruchte ein 17jähriger Kaufmannslehrling P. S. aus Wansleben, der in einem hiesigen Geschäft lernte, in die Wabenschasse einzudringen. Durch das Taschenschnelken vom Gehraus des Geschäftsinhabers wurde aber sein Plan vereitelt. Wie er selbst eingestand hat er schon einmal vor kurzer Zeit die Wirtshauskasse einer hiesigen Gastwirtschaft plündern wollen; dabei wurde er ebenfalls überführt, doch war damals eine Anzeige nicht erteilt worden. Jetzt wird sich das Gericht etwas näher mit dem „hoffnungsvollen“ jungen Mann befassen müssen.

Falkenberg (Bez. Halle). Als ein eindrucksvolles Zeichen der Notlage, in der sich die Landwirtschaf befindet, ist die Tatsache zu werten, daß zwei Rittergüter im Kreise Liebenwerda, deren Vöhaber als tüchtige Landwirte bekannt sind, Schmettern und Wiederau, in Kürze parzelliert und beiseite werden. Schmettern, mit zwei Vorwerken, 2930 Morgen groß, gehörte einem bekannten Führer im Genossenschaftswesen der Provinz Sachsen, Major a. D. Wiede, Wiederau, 1830 Morgen groß, ist seit 40 Jahren in dem Besitz des Hauptmanns Oberlander gewesen und war erst kürzlich gelegentlich bewirtschaftet worden. Als ein mehrheitlich bewirtschaftetes Gut beschlachtet worden.

Krensdorf, 17. Okt. „auftrag“ will Gattin werden. „auftrag“ ist bekanntlich ein Grundbesitz. Er hat einen Tempel. Das erquickt er gegen einen Gotteslohn Müßelstele und Waboborn mit zeitlicher Nahrung. Nun möchte er an den Ufern des Sees ein kleines Restaurant bauen, um aus den Einnahmen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten zu können. Er hat die Spandankonfession für alkoholfreie Getränke erst bei dem Kreisauschuß und dann bei dem Bezirksauschuß nachgeholt. Beide haben den Antrag abgelehnt, weil sie den Antragsteller nicht für verantwortungsfähig halten. Nun bemüht sich „auftrag“ nachzuweisen, daß er ein durchaus normaler Mensch und im Sinne des Gesetzes wie jeder andere Staatsbürger zu werten sei.

Melchberg. Gemeindevorsteher amisen haben. Der Gemeindevorsteher Schatz in Enlowitz, der der SPD angehört, wurde seines Amtes entbunden und ein förmliches Disziplinungsverfahren mit dem Ziele der Disziplinierung gegen ihn eingeleitet. Schatz hatte gelegentlich des Reichstagswahlkampfes eine Propagandaarbeit für die SPD an seinem Hause angeleitet.

Delitzsch. Selbstmord eines Gerichtsvollziehers. Auf der Chaussee Delitzsch-Döben, in einem kleinen Wäldchen, nahm sich der Obergerichtsvollzieher Armuth-Delitzsch das Leben, indem er sich mit einem Jagdgewehr erschöß. Der Lebensmüde, der sich in Delitzsch allgemeiner Beliebtheit erfreute, war mit seinem Auto an den Fator gefahren. Selbstjorden dürften der Grund für die Tat sein.

Auf der Spur eines Verbrechens?

Zorgau. Der Fund eines Skeletts im Walde bei Pressel hart nach immer der Aufklärung. Es wird aber mit ziemlicher Sicherheit antiseptisch angekommen, daß es sich um Menschenknochen handelt, die von einem Verbrecher herühren, da in den letzten sechs Jahren drei Menschen aus jener Gegend spurlos verschwunden sind. Ueber den Fund wird amittig mitgeteilt, daß am 8. Oktober ein Rentempfinger aus Ultenburg beim Wäldchen in der Nähe des Forsthauses A r d a Skeletts gefunden habe. In und neben einem Wäldchen wurde eine stark vertiefte und vertretene Stelle von knapp zwei Meter Länge, einem Grabe ähnlich, bemerkt. In ein bis zwei Meter Umkreis lagen einzelne Knochenreste zerstreut umher, während aus der Erde in der Grube Knochen herausragten, so daß mit Sicherheit angenommen werden muß, daß sich noch weitere Knochenreste dort befinden.

„Deutsch-englischer Kulturtausausch“

Halle. In Halle wurde in diesen Tagen ein Institut „Deutsch-englischer Kulturtausausch“ geschaffen. Deutsch- und geistige Leistungen dem Vortellensgebiete der Beider des britischen Weltreiches näherzubringen und andererseits durch die Entgegennahme der Kulturäußerungen dieser Länder dem eigenen Volke zu dienen, hat sich der „Deutsch-englischer Kulturtausausch“ (DEKA) zur Aufgabe gemacht. Er wird sich in Anlehnung an die bereits bestehenden gleichartigen Einrichtungen der Arbeiterbewegung, die bisher nicht oder verhältnismäßig wenig berücksichtigt werden konnten. Staatlich anerkannte landwirtschaftliche Haushaltungsschulen. Durch Erlaß vom 19. September 1930 hat der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen Weendorf, Herzberg,ebra, Wandersleben und Moritz die finanzielle Anerkennung auf Grund der Bestimmungen vom 8. März 1930 zugestanden.

Halle. Die RDS-Affäre vor Gericht. Am 17. November beginnt die Verhandlung im Strafverfahren gegen den ehemaligen Direktor R. Pfeiffer, den Sekretär K. e m a n n und den Hotelier B. J. G. wegen der bekannten Vorfälle bei der Willgemeyen Drstranzenkassette Halle.

Talunberg. Wohnungsamt aufgelöst. Die Stadtorbneordneten beschloßen die Aufhebung des Wohnungsamtes mit Wirkung vom 31. Oktober ab.

Bitterfeld. 2,7 Millionen RM Gehaltstrag. Am Rechnungsjahre 1930-31 ist im Kreise Bitterfeld ein Gehaltstrag von 2.715.000 RM entstanden. Anfolgebefehl muß der Kreis die Gemeinden mit einer Nachtragssumme von 97 Prozent belasten. Als Folge dieser Steuererhöhung wird die Erhöhung der Gewerbesteuern in den Gemeinden um 200 bis 250 Prozent notwendig sein. Der Kreisrat hat beschlossen, die ausgesetzten Erwerbslosen, durch die allein 2,5 Millionen Mehrtragungen entstanden sind. Der Beschluß des Kreisratsschusses hat allgemein starke Erregung im Kreise hervorgerufen.

Ultenburg. Todesfahrt. Auf der Landstraße nach Halle sprangen mehrere Hundwertsburgen die ein Stütz misföhren wollten, auf den von einem Trecker gezogenen Röhrenwagen. Einer von ihnen, der Arbeiter Ver. S. h. r. m. a. n. r. aus Hünberg (Oberhesseln), fürzte dabei ab und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Hohelitzsch. Saagemetnedergerachte. In Sägemehl von Weher Sad am unbearbeiteten Urfahe Feuer aus. Bei dem herrlichen Winde griffen die Flammen le schnell um sich, daß eine Rettung des dort lagernden Holzes unmöglich war. Das Werk brannte bis auf die Grundmauern nieder; wertvolle Maschinen wurden vernichtet.

Wernigerode. Schnellere Föhren der Strazgerbah. Die neue Eisenföhren der Strazgerbah ist zum erstenmal beföhren worden. Das neue Gleis weist im Vergleich zu dem bisherigen Zustande nur eine einzige große breite Krümmung auf. Die neue Strecke gestattet ein beträchtlich höhere Fahrgeschwindigkeit, nämlich 40 Kilometer, fast bischer 25 Kilometer, pro Stunde.

Bernburg. Grauenhafter Tod. Auf einem Karoffelader hinter der Friedrichshöhe plügte man mit einer Bulldogge nicht Plugg, wobei mehrere Personen noch freigelegte Kartoffeln aufstießen. Richtig erlagte der schwere Trecker der plötzliche Wut der Bulldogge. Die trotz des Ärmes zum Plugg nicht mehr rechtzeitig ausgewichen war. Die mit Faden verlebten Räder gingen ihr über Kopf und Brust und das Mädchen wurde furchbar verformt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Mutter der Verunglückten arbeitete auf dem gleichen Felde.

Gera. Zum Frauennord. Die Indizier gegen den wegen dringenden Verdorbedachtes an seiner Frau verhafteten Farbwarearbeiter B. e. r. s. h. ä. u. f. Die Bemerkung der Polizei gehen dahin, nach der Indizier nachschlüssigsteigentlich ein Zeu, zu finden. Einer hiesigen Zeitung ging eine Postkarte zu, in der sich ein anonym Schreier des Nordes bezeugt. Es dürfte sich dabei entweder um ein Ablebnungsmanöver eines Freundes des Verhafteten oder um einen Geisteskranken handeln.

Magdeburg. Haftbefehl gegen die Krupp-Jugendskizze. Gegen die Angeklagten Krupp und Pfeiffer wurde den Zeigern K. e. l. l. e. n. b. a. c. h. vom Genosse der Fried. Krupp A. G., die Befugnisse wegen des Verdachts der Spionage festgenommen wurden, ist nunmehr Haftbefehl erlassen worden.

Magdeburg. Verhüttet. Am Schacht Friedrichshall in Staßfurt geriet der Bergarbeiter Karl S. t. u. d. B. ater von fünf Kindern, unter stürzende Salzmassen. Er wurde so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen im Krankenhaus erliegen ist.

Reichsabndirektion Magdeburg wird aufgehoben

Magdeburg. Auf die Eingaben der Stadt Magdeburg und des Reichsrichters des Verwaltungsbezirks Magdeburg hat die Reichsabndirektion Magdeburg hat die Reichsabndirektion des Deutschen Reichsabndirektion geantwortet, daß der Abbau von Wehören eine Maßnahme sei, die am erfolgreichsten eine Vereinfachung der Verwaltung bringe und zugleich Ersparnisse ermögliche. Obwohl der Entschluß, auch die Reichsabndirektion Magdeburg aufzuheben, der Reichsabndirektion leicht geworden sei, haben doch alle Wehen im Interesse der Allgemeinheit zurücktreten müssen. Die Reichsabndirektion hat die Bestätigung, daß die Interessen Magdeburgs und seiner Umgebung nach der Aufhebung nicht mehr genügend berücksichtigt werden würden und übernehme jede Garantie dafür, daß es für die Reichsabndirektion Halle und Hannover eine selbstverständliche Pflicht sein werde, nach Zuteilung der neuen Strecken die Interessen Magdeburgs besonders zu pflegen. Durch besondere Maßnahmen würde die Zahl der von Magdeburg Fortziehenen nur etwa ein Drittel der Gesamtzahl des Disziplinationspersonals betragen.

Der „Trommler“ verboten

Magdeburg. Eine Nummer der nationalsozialistischen Wochenchrift „Der Trommler“ für den Gau Magdeburg-Anhalt war vor einigen Tagen vom Magdeburger Polizeipräsidium beschlagnahmt worden, weil in einem Artikel eine Verberächtigung der Tat der in Leipzig verurteilten nationalsozialistischen Offiziere erlitten wurde. Nun hat auf Grund des Geheißes zum Schutze der Republik der Oberpräsident der Provinz Sachsen den „Trommler“ bis zum 31. März 1931 verboten. Als Begründung für die lange Dauer des Verbots wird angegeben, daß nach der Beschlagnahme des Trommlers im Trommler-Berlag ein Flugblatt erschienen ist, in dem die Beschlagnahme zur Werbung benutzt, das pflichtgemäße Einwirken der Polizeibeamten gegen die Zeitschrift gerügt und die Weiterführung des Kampfes für das Dritte Reich mit scharfen Worten angekündigt wird.

Verordnung um dem Dresdner Flugklub

Dresden. Das Verkehrsflugzeug 1207 (Lap Rohrbach-Romar) mußte Freitagnachmittag auf seinem Flug Berlin-Prag auf dem Dresdner Flugklub, der bekanntlich zur Zeit durch Verfügung des Reichsverkehrsministers gesperrt ist wegen Motorbefeits notlanden. Die Landung ging glatt vonstatten.

Überfall auf einen Dresdner Fabrikdirektor

Dresden. Direktor Braune von den Brauneischen Mühlen- und Bäckereibetrieben in Dresden-Dölitzchen wurde im Betrieb von einem Manne, der früher als Schloffer bei der Firma angefaßt war, überfallen. Der Eindringling richtete auf Direktor Braune einen Revolver los und überlagte. Der Täter ergriff darauf die Flucht. Direktor Braune nahm sofort mit dem Kraftwagen die Verfolgung auf, nach dem er unterwegs zwei Schutzpolizeibeamte in seinen Wagen genommen hatte, gelang es nach einer kurzen Hegefahrt, der Verbrecher eingeholen und festzunehmen. Bei seiner Durchscheidung fand man einen mit fünf Patronen geladenen Revolver. Der Polizeibericht teilt noch mit, daß der Täter dem Direktor bereits wiederholt Erpressungen angedroht habe, da er glaubte, Braune sei an seiner Entlassung schuld. Das Strafverfahren wurde seinerzeit eingestellt, da ihm der Schutz des § 51 zugebilligt wurde. Bei der kriminalpolizeilichen Vernehmung gab der Festgenommene an, der Täter sei der Waffe in der Hand bedroht zu haben, um ihn zur Abbremsung einstellung zu zwingen, will aber nicht die Wslicht geodet haben, ihn wirklich zu erschießen.

Beilage zu Nr. 123 der „Kemberger Zeitung“

Dienstag, den 21. Oktober 1930.

Früherer W'schied Heyes.

Freier von Hammerstein sein Nachfolger

Berlin, 17. Oktober.

Generaloberst Heye hat gebeten, den auf den 30. November 1930 angeetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzuzuziehen. Im Hinblick auf die jetzige politische Lage ist es im Interesse des Heeres für notwendig, daß die Uebergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger jetzt beendet wird, damit wieder ganz klare Befehlsverhältnisse in der Heeresleitung geschaffen werden.

Der Reichspräsident hat dem Antrage stattgegeben. Generaloberst Heye ist seinem Antrage gemäß bis zum Tage seines Ausscheidens beurlaubt worden. Die Geschäfte des Chefs der Heeresleitung vertritt Generalmajor Freier von Hammerstein-Equord.

Zum Reichswohnungsbauprogramm.

Die Verhältnisse in rheinischen Städten.

Berlin, 19. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskommissar für das zuzuführende Reichswohnungsbauprogramm hat nunmehr die persönlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Länder der Regierungspräsidenten und Gemeinden abgeschlossen. Sein letzter Besuch galt Köln, Düsseldorf und Essen.

Es ist ihm gelungen, fast überall eine Herabsetzung der Reichsbeiträge für den Einzelfall durchzusetzen und damit die Last der im Rahmen des zuzuführenden Wohnungsbauprogrammes aus Reichsmitteln zu beschaffenden Wohnungen wesentlich zu erhöhen und trotzdem die Mieten tragbar zu halten.

Die Baukosten sind auch in Köln nach Feststellung des Reichskommissars in der letzten Zeit um 20 Prozent gestiegen. Die Stadt Köln hat bereits im Jahre 1929 900 und im Jahre 1930 2800 sogenannte Wohnungsamtswohnungen in den Wägen der Reichsgrundstücke erstellt. In Düsseldorf wurde die Wohnungsverhältnisse im h. S. bei welcher die Stadt bis zu 73 Prozent beteiligt ist, 215 Wohnungen, deren Wohnfläche 32 bis 50 Quadratmeter umfaßt. Auch Düsseldorf hat bereits seit drei Jahren solche Wohnungen. In Essen werden sofort vier Projekte nach dem zuzuführenden Wohnungsbauprogramm zur Ausführung gelangen. Die Wohnungen werden den Wägen und Mieten des Bauprogrammes entsprechen. Die Senkung der Baukosten ist infolge des Demobilisierens der Neubauten stark in Erscheinung getreten. Die Fertigstellung des Bauprogrammes ist in allen drei Städten gewährleistet. Die Vermittlung der Arbeiter erfolgt durch die Arbeitsämter.

Volkspartei und Staatspartei.

Staatsparteiliche Tagung in Dresden.

Berlin, 19. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß von staatsparteilicher Seite der Gedanke einer technischen Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei erörtert worden sei.

Heute diese Frage sollen weitere Verhandlungen stattfinden. Die Wahl der hiesigen Reichstagsfraktion wurde noch verhandelt, dagegen wurde der Weg, durch den die Vertretung des Fraktionsführers Dr. Scholz während dessen Erkrankung beauftragt.

Der konstituierende Parteitag der Staatspartei soll am 9. November in Dresden stattfinden.

Rückgang des Personenverkehrs.

Die Deutsche Reichsbahn im September 1930.

Berlin, 19. Oktober.

Die Deutsche Reichsbahn hat ihren Lagebericht für September 1930 veröffentlicht. Danach ist im Güterverkehr gegenüber dem August eine geringe Steigerung zu verzeichnen.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. H.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Aber ganz gewiß weiß ich's und kann's dir Wort für Wort wiederholen: es muß ja nicht —“
„Felix — was denn nur alles Angegeben? Ich hab ja doch an dich geglaubt und an deine Liebe!“
Vor ihrem fatalen Gestalt wandte er das seine ab, wie er hochfahrend sagte:
„Du bist wenigstens, was die Liebe betrifft, Grund zum Glauben hastest, muß ich schon deiner eigenen Beurteilung überlassen.“
Ein Jitters ließ ihr durch alle Glieder. Sie schloß nach seiner Hand. „Du hast ja recht! Aber weiß ich dir darin so selbstlos glaube, muß ich auch in allem anderen an dich glauben können, wenn ich nicht todunglücklich sein soll. Ja, Felix —“ mit Augen voller Liebe lag sie ihn stehend an, während ihr die Worte unaufhaltsam von den Lippen flüsternd — „ich habe an dir zu zweifeln begonnen, nicht an deiner Liebe an mir, aber an — an anderen.“
„Sie hat sich mit mir abgefunden — aus Dingen, die sich nicht fassen lassen und die doch da sind —“
„Leukerungen, die sie selbst getan, aus der Art, wie du auf Leukerungen anderer nicht so geantwortet hast, wie ich meine, du müßtest es tun, aus manchem anderen noch — und —“
„Sie verstaumte. In innerer Qual und Scham schloß sie sich für die Ader.“
„Nur weiter.“ sagte Felix Rahms, dessen Gesicht sich mit einer unüberwindlichen Maste bedeckt hatte, „womit habe ich mich dir sonst noch verdächtig gemacht?“
„Jählings schlug sie die Augen wieder zu ihm auf.“
„Ich weiß ja, daß ich dir unerhörtes Unrecht tue, aber sage mir, daß ich es tue. Sill mir doch aus meiner Wirtel. Aber sag mir auch nichts. Sieh mich an.“

nehmen. Diese Wertessteigerung trägt aber lediglich saisonmäßigen Charakter.

Der Personenverkehr ging mit der Beendigung der Sommerferien und nach der Rückflug aus den Seebädern und Kurorten erheblich zurück. Den Einnahmen im Monat August in Höhe von 415 530 000 Mark stehen Ausgaben von 419 110 000 Mark gegenüber. Die Gesamtausgaben waren demnach um 3,6 Millionen Mark höher als die Einnahmen.

In französischem Licht.

Die Pariser Presse zur Brüning-Rede.

Paris, 18. Oktober.

Die Regierungserklärung Brünnings wird von den Pariser Blättern stark beachtet.

Das „Echo de Paris“

betont, es sei heute lächerlich zu glauben, daß die Nationalsozialisten die einzige Gefahr für Europa darstellten. Viel gefährlicher sei die jetzige deutsche Regierung. Es sei zu hoffen, daß die Rede Brünnings im Reichstag allen Franzosen die Augen öffne. Sie sei allein dafür bestimmt, die von Deutschland unterschriebenen Verpflichtungen über den Hausen zu wesen.

Das „Journal“

hebt hervor, Brüning habe den außerparlamentarischen Teil seiner Erklärung mit der Ansicht eines Staatsmannes redigiert, der vom Ausland eine dringende Unterfertigung von 3 Milliarden Franken erwarte. Die Zurückhaltung mindere jedoch nicht die Zugeländnisse, die er den Anhängern einer Revision der Verträge habe machen müssen. Im großen und ganzen nehme der Reichstasler das gesamte Programm der rechtsstehenden Parteien an mit der einzigen Einschränkung, daß er die Verantwortlichkeit auf pazifistischem Wege wünsche.

Der „Petit Parisien“

betont, daß man die Ansicht der Regierung, Ordnung in die Finanzverhältnisse durch Benutzung festlicher Einkünfte. Es handle sich nur darum, zu wissen, ob die Mitglieder des Reichstages sich diesem Entschluß fügen würden oder nicht.

Das linksgerichtete „Ouvrier“

sieht in der Regierungserklärung ein Mittel, alle Parteien zuziehen zu stellen und gleichzeitig zu verärgern. Es werde Brüning außerdem auch ganz gleich sein, ob er im Reichstag eine Mehrheit finde oder nicht, denn er sei schon jetzt fast entschlossen, den Reichstag in die Ferien zu schicken, um auf Grund des Paragraphen 48 zu regieren.

Der chauvinistische „Figaro“

ist der Meinung, der Ausgang der Aussprache im Reichstag werde nichts daran ändern, daß sich alle Parteien darin einig seien, daß die gegenwärtige Lage es Deutschland nicht erlaube, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Der sozialistische „Populaire“

legt, die Ausführungen über die Stärkung der Reichswehr seien zu erwarten gewesen, nachdem sich die Sieger des Weltkrieges geweigert hätten, den Weg zur Abrüstung zu beschreiten. Wenn heute die gerüsteten Staaten die Lage für zu unklar hielten, um abzurufen, wieviel beunruhigter müßten dann diejenigen sein, die bereits abgerüstet hätten.

Herves Feldzug für Vertragsrevision.

Der Stahlhelm soll in Affion treten.

Paris, 19. Oktober.

Hervé setzt seinen Feldzug für die Revision der Friedensverträge in der „Victoire“ weiter fort. Für den Fall, daß eine solche Revision nicht zustande kommt, sieht er schon jetzt einen neuen Krieg voraus, in dem Frankreich als Sieger nichts zu gewinnen und als Besiegter alles zu verlieren habe. Sicherheit gehöre, so führt Hervé weiter aus, eine ungeheure Überzahl, um einen besiegten Volk Gleichrichtungen eines Vertrages zu gewähren, zu dessen Unterzeichnung man es mit dem Messer am Hals gezwungen habe.

Der Chefredakteur der „Victoire“ fordert die Verbände ehemaliger Kriegsteilnehmer, insbesondere das sogenannte „Croix de Feu“, auf, sie möchten durch eine große Geze ihren Willen zum Frieden bekunden. Hervé schlägt ihnen vor, am 11. November ein Telegramm an den Stahlhelm zu senden, um die Frage, ob dieser bereit sei, auf Ehre und Gewissen zu erklären, daß die von ihm, Hervé, vorgeschlagene Revision zu einer deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung ohne Hintergedanken führen würde.

Parteienkampf in England.

Das Programm der Konserativen.

London, 18. Oktober.

Zwischen dem vor wenigen Tagen abgeschlossenen Kongress der englischen Arbeiterpartei und dem bevorstehenden Parteitag der englischen Liberalen nimmt der Führer der Konserativen Partei Englands, Baldwin, zu einer wichtigen Erklärung vor der Öffentlichkeit das Wort. Wie bei der Arbeiterpartei die Frage der englischen Handelspolitik einen besonders breiten Raum einnahm und wie sie voraussichtlich auch die Beratungen der Liberalen beherrschen wird, so ist die auch der Anlaß für diese öffentliche Stellungnahme des konserativen Führers. Für den bevorstehenden Parteitag wird angekündigt, daß Lord George in einer großen Rede das Prinzip des Freihandels verfechten werde. Auf der Tagung der Arbeiterpartei hat man erkennen können, wie ungeliebt sich in dieser Partei die Auffassungen über Schutz Zoll und Freihandel noch gegenüberstellen.

Der konserervative Parteiführer bekennt sich in seiner Veröffentlichung, die an die Erklärungen des amtierenden Premierministers über ein System der Vorrangstellung inner-halb des Empires anknüpft, mit aller Entschiedenheit zu dem Programm des Schutzpolles. Baldwin stellt als das politische Ziel der konserativen Partei eine Herabsetzung der Ausgaben und der Steuern und eine Reform der Arbeitslosenversicherung hin, Maßnahmen, für die das Schutzpolle, das auf wissenschaftlicher Grundlage großzügig neu aufgebaut werden müßte, die Mittel liefern sollte.

Aus den sehr allgemein gehaltenen Redensarten, mit denen Baldwin besonders diese Frage behandelt, darf man wohl schließen, daß hier innerhalb seiner Partei doch gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenn Baldwin, wie vor ihm andere konserervative Wirtschaftspolitiker, ein Quoten-system vorschlägt, so muß man sagen, daß dieses Behelfsmittel keineswegs eine konserervative Erfindung ist, sondern daß schon die Arbeiterregierung sich mit einer solchen halben Lösung der Nahrungsmitteleisenplage und die Kritik, die von links her an den Ausstellungen Baldwins geübt wird, fällt fast denn auch besonders an diese Verhältnismäßigkeiten des konserativen Zollprogramms.

Amerika fordert Abrüstung.

Energetische Schritte dringend verlangt.

Washington, 19. Oktober.

Die amerikanische Delegation zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist nach Genf abgereist. Es vermute, daß die amerikanische Regierung diesmal energisch auf positive Schritte hinsichtlich einer weiteren Beschränkung der Rüstungen dringen

werde. Man erwartet, daß Präsident Hoover, sobald die angeblich in New York befindliche japanische Ratifikationskonferenz zum Londoner Friedenspaß in London deminiert und damit der Paß in Kraft treten ist, Anlaß nehmen wird, um an die anderen Nationen die Aufforderung zu richten, dem von den drei Seemächten gegebenen Beispiel zu folgen.

Vor dem Vormarsch auf Rio.

Demokratisierung der Bundesstruppen.

Newport, 19. Oktober.

Wie aus Rio de Janeiro berichtet wird, erklärt der Führer der Unabhängigen, General Góes, in einer Rede, daß an die brasilianische Bevölkerung, er wolle der Zentralregierung ein Bild von der Bedeutung und der Stärke der ausländischen Beweama geben, damit weiteres Blut-

Blinde Liebe — wer ihr die schafften könnst! —
Droben im vierten Stock saß Fränze die gade-
gezeigte den Charakter in die Luftschiffe der Mutter.
Ihre Mutter machte ein belämmertes Gesicht. Die Tochter wurde seit einiger Zeit immer schwerer zu behandeln, manchmal war sie ganz rabiat. Beglänzend legte sie ihre Hand auf des Mädchens volle Schultern.
„Fränze, wie kamst du's ihm denn noch immer nachtragen, was er so in seiner Sinnlosigkeit hintergedacht und launelndmal bereut hat? Wo bleibt denn da die Liebe?“
„Und wo ist sie bei ihm geblieben, daß er's hat denken und sagen können?“
Sie hatte der Mutter Hand von sich abgeschüttelt, stand mit wogender Brust und brennenden Augen da.
„Und hat er's denn nicht wieder aufgemacht? Hat er mir's abgedenkt, wie er's gemüßt hätte?“
„Du weißt's doch, wie er nun mal ist, daß er nicht schon reden und viel Worte machen kann.“
„Nann — nann! Ich kann eben auch nicht alles!“
„Und die schönen Könen, die er gestern abend mitgebracht“, erinnerte die Mutter.
„Witzelbräutchen, Jamohl, und stillwiegend auf den Tisch gelegt. Seine Blumen hat er sich sparen können. Neben toll er!“
„Wenn er's doch nun aber so mit Worten nicht kann, da mußt du doch ein Einsehen haben, Fränze“, sagte die Mutter und ging hinaus.
Fünfter blühte Fränze hinter ihr drein. Dann wandten sich ihre Augen dem Tischchen zu, wo in einer Wale drei prächtige bunzelrote Rosen standen. Die Mutter hatte die Blumen, um die sie sich nicht gekümmert hatte, hier herein in ihre Stube gestellt. Nun trat sie zu dem Tischchen hinüber, starrte auf die Blüten herab, hatte sie plötzlich aus der Wale gerissen und bis in die langen Stiele hinein, haltig, blindlings. Als sich ihre Hände wieder lösten, waren ihre Lippen voll Blut. Die Dornen waren hineingedrungen.
(Fortsetzung folgt.)

vergessen vertrieben werde. Costa behauptet, daß die Bundesstruppen sich in den letzten Gefechten als völlig demoralisiert und kampfunfähig erwiesen hätten. Sie hätten sich zum Teil sofort ergeben oder die Flucht ergriffen. Innerhalb weniger Tage würden die Luftstrände des Bormark durch den Staat Sao Paolo auf Rio de Janeiro aufmarschieren.

Schwere Kämpfe in Brasilien.

Bundesstruppen zu den Luftstränden übergetrieben.
Newport, 18. Oktober.
Wie aus Montevideo berichtet wird, finden im brasilianischen Staat Parana nördlich der Stadt Gafiro schwere Kämpfe zwischen der Söldnerarmee der Luftstrände und den Bundesstruppen statt, die zur Verteidigung des Staates Sao Paolo zusammengezogen wurden.

Es ist unmöglich, aus den stark partiell gefärbten Berichten zu ersehen, wer Sieger geblieben ist. Die Luftstrände sind offenbar befreit, sich in den Besitz der durch Gafiro führenden Eisenbahnlinie zu legen. — Nach einer Meldung aus Porto Alegre belagert ein Communiqué der Luftstrände das zahlreiche Bundesstruppen zu ihnen zu übergeben. Sie werden von den Rebellen belagert. Stadt Minas habe sich ein ganzes Infanterieregiment bedingungslos ergeben. Eine Landung einer Matrosenabteilung des Zerstörers „Parana“ sei von den Luftstränden vereitelt worden. Das Communiqué betont, daß die im Staat Minas Geraes stehenden Streitkräfte der Rebellen keinen einzigen Rückschlag erlitten hätten, und daß die Bundesstruppen sich alle Mühe gäben, einem Kampf auszuweichen.

Die geplante Kohlenpreiserhöhung.

Uebersetzung in Bergarbeiterkreisen.

Effen, 19. Oktober

Die Erklärung des Reichsfinanzlers, daß sich die Ruhrkohlenindustrie zu einer ab 1. Dezember wirksamen durchschnittlich 30prozentigen Kohlenpreiserhöhung trotz noch nicht erleichteter Selbstkostenanlage bereit erklärt hat, findet namentlich im Ruhrgebiet starke Beachtung und hat lebhafteste Erörterungen ausgelöst.

Die Bereitwilligkeitserklärung des Bergbaues ist offiziell nicht an die Bedingung geknüpft worden, daß auch die Ödne nach Ablauf des kürzlich bis zum 31. Dezember d. J. verlängerten Lohnabkommens ermäßigt werden. Die grundsätzliche Bereitwilligkeitserklärung einer Senkung der Kohlenpreise ist vielmehr unter der Voraussetzung erfolgt, daß das Programm der Regierung Brünning angenommen und durchgeführt wird. Tatsächlich scheint aber auch Bergbaukreisen darunter verstanden zu werden, daß die Senkung der Anthozen durch Verinerung der Ödne, Erleichterung in den Eisenbahntarifen usw. von Regierungsseite gefördert wird.

In freigewerkschaftlichen Bergarbeiterkreisen hat die Ankündigung der Reichsregierung, wie erklärt wird, große Ueberraschung ausgelöst, und man vermutet, daß die geänderte Haltung der Bundesbesitzer den Anlaß zu entscheidenden schloßpolitischen Auseinandersetzungen im Bergbau bedeute.

Das Ende des Bürgerkrieges in China?

Schanghai, 19. Oktober. Der Sanktionsrat der Kuomintang hat einen Aufruf erlassen, in dem er erklärt, daß der Bürgerkrieg in China beendet ist. Die chinesische Regierung stehe vor fünf Hauptaufgaben: Aufhebung der ungleichen Verträge mit den Großmächten; Kampf gegen den Kommunismus; Schaffung eines nationalen Steuerwesens; Schaffung eines Verwaltungssystems; Hebung der nationalen Wirtschaft.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Beim Funkkonzert vom Tode ereilt. Während des Nachkonzertes der Berliner Funktunde, das von der Kapelle Einödshofer ausgeführt wurde, ereignete sich ein bedauerlicher Vorfall. Der Dirigent Julius Einödshofer, der gerade zum Beginn eines neuen Musikstückes das Podium bestiegen wollte, brach plötzlich bewußtlos zusammen. Anlager und Musiker versuchten ihn sofort in einen Nebenraum, wo jedoch von dem herbeigerufenen Arzt nur noch der Tod infolge Herzstillstand festgestellt werden konnte. Das Konzert wurde sofort abgebrochen. Einödshofer, der im 67. Lebensjahr stand, hatte mit seiner Kapelle schon des öfteren im Rundfunk gastiert und erfreute sich dank feiner gestrafften, rhythmischen Interpretationen der größten Beliebtheit.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Fräulein füllte das schmerzende Brennen, die warme Feuchtigkeit, ein Schluchzen stieg ihr aus der Brust heraus und als wolle sie die Wunden heilen, drückte sie sich jetzt die weichen Blüten an den heißen Mund.

Neben sollte er! Neben, damit es wieder zwischen ihnen wurde, wie es früher gewesen war.
Und wenn er es nicht konnte, dann wollte sie es tun, heute, wenn sie miteinander hinaus in den Grünwald fahren, wie er sich's gestern ganz zaghaft von ihr erbeten hatte.

XII.

Rudolf Dahlinger hatte darauf bestanden, daß Edith Sonntag nachmittags an der von ihm und der Gattin geplanten Ausfahrt teilnahm, und sie, ihre anfängliche Weigerung aufgebend, hatte sich gefügt. Es war ja doch einerlei, ob sie dabei blieb oder mit den Eltern ausfuhr, sie blieb ja doch allein mit sich und mit dem leichtfertig schändlichen Mord, das unablässig in ihr klang: „Nieder Gott, es muß ja nicht sein.“

Und neben dem Wort stand das ganze, qualvolle Warten, was denn nun geschehen werde, wann Felix denn nun kommen werde, sie wieder frei zu machen von dem Wort und von all dem anderen, das zwischen ihm und ihr die trennende Kluft reihen wollte.

Im Automobil fuhr sie mit den Eltern davon. Dahlinger hat sich wirklich sehr kurzem ein Auto angeschafft und wie sich das nun schauend und fauchend in Bewegung setzte, meinte Edith des Verlobten Stimme zu hören: „Deine vertrauenselige Blindheit läßt ja nach anderer Seite hin nichts zu wünschen übrig.“ Sie drückte sich in die Ecke des Wagens hinein und deckte die Hände vor das in der erglühenden Gestalt. Nur zu gut hatte sie ihn verstanden.

Berlin. Erster Heberlandflug des Entenflugzeuges der Firma „E. P. L. C. C.“. Das neue Entenflugzeug der Firma „E. P. L. C. C.“ in Bremen ist nach seinem ersten Heberlandflug in Berlin gelandet. Das Entenflugzeug, das in den nächsten Tagen von Berlin aus noch weitere Flüge ausführen wird, hat deshalb seinen Namen bekommen, weil es in der Entenform den Eindruck erweckt, als ob die Maschine rüchwärts fliegt. Die Eigentümlichkeit der Ente besteht darin, daß das Höhenheben vom Heck, hinterlebens ein Schwanz, wie er bei normalen Flugzeugen üblich ist, fehlt. Die Ente ist mit zwei 100-PS-Siemens-Motoren ausgerüstet und wird von dem bekannten Flieger Kornelius Ghard gesteuert. Das Flugzeug wurde von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt abgenommen und mit Zulassungsnummer versehen. Die hervorragenden Flugeigenschaften der Maschine dürften ein Ueberziehen und damit Ueberzug unmöglich machen.

Eisenbahnunglück in Opladen

Wuppertal, 20. Oktober.

Bei der Einfahrt in den Bahnhof Opladen entgleisten in der Einfahrstraße infolge vorzeitiger Umlagerung der Weiche zehn Wagen des Güterzuges 6602; drei fielen um. Die letzten fünf Wagen riefen ab und liefen auf den im Gleis 36 stehenden, zur Wahrt vorbereiteten Personenzug 423, der noch ohne Lokomotive war. Dabei wurden zwei Eisenbahnbedienstete nicht unerheblich verletzt; sie wurden sofort ins Krankenhaus überführt. Die Ursache der Katastrophe ist geringe Verpfändung. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Ein neuer Propeller-Schnelltriebwagen.

Erfolgreiche Probefahrt bei Hannover.

Hannover, 19. Oktober.

Auf der unvollendeten Bahnstrecke Hannover—Selle, die schon wiederholt zu Versuchswecken für Schnelltriebwagenmittel gebaut hat und auf der seinerzeit auch Fritz von Opel Kafenwagen startete, wurde ein neuer Propellertriebwagen vorgeführt.

Sein Erfinder und Erbauer ist Franz Krudenberg, der Geschäftsführer der Gesellschaft für Verkehrstechnik und der mit ihr verbundenen Flugabteilung, deren Hauptziel die Schaffung eines sehr leichten, beschleunigten und wirtschaftlichen Landverkehrsmitteis für die öffentliche Person- und Postbeförderung über größere Entfernungen ist. Als Mittel hierzu kommt zur Anwendung: bei den Fahrzeugen Stromlinien-Formgebung und Leichtbau aller Teile, auch des Antriebs; bei den Gleisen vollkommene Kontinuität und Stabilität; bei den Betriebseinrichtungen die Ermöglichung kleinster Transportsfalle.

Der Propellerwagen, mit dessen Herstellung ein wesentlicher Schritt auf diesem Wege getan ist, bewährte sich bei der Probefahrt in hervorragendem Maße.

Nachdem mit ihm bei früheren Versuchen bereits eine Geschwindigkeit von 182 Kilometern in der Stunde erzielt wurde, betrug man es jetzt unter Teilnahme von 12 Personen, die in dem bequem eingerichteten Wagen Platz nahmen, bei einer Schnelligkeit von 150 Kilometern. Der Wagen gewährt etwa das Bild der oberen Hälfte eines Luftschiffes. Er stellt äußerlich einen glatten und stromlinienförmigen Körper dar, der sich so weit wie irgend möglich auf die Schienen bündelt. Der Wagenraum ist 16 Meter lang und besteht von vorn nach hinten aus dem Gepäckraum, einem Nichtraucher-Fahrgastraum mit zwölf Sesseln, dem Eingangsraum mit Antriebe, einem Raucher-Fahrgastraum mit zwölf Sesseln und dem Toilettenraum. An der Hauptachse ist Stahl verwendet, vordemisch in Rohrform. Nach 66 Sekunden und Zurücklegung von 985 Metern war bereits eine Geschwindigkeit von 100 Kilometern erzielt, die sich nach weiteren 60 Sekunden auf 150 Kilometern steigerte. Man hatte den Eindruck eines außerordentlich gut und sicher funktionierenden Verkehrsmitteis, dessen Weiterentwicklung man zweifellos mit großen Erwartungen entgegenzusehen darf.

Landwirtschaftliches.

Immer Obliegenheiten im November. Wenn auch die Arbeit im Obstgarten jetzt abnimmt, so ist sie aber noch nicht völlig auf. Das Düngen und Graben der Baumstämme und -streifen ist fertigzustellen. Erdbereite werden, soweit noch nicht geschehen, mit kurzem Dünger belegt, aber nur zwischen den Reihen, nicht auf die Pflanzen bringen. Für die Frühjahrspflanzungen sind Baumgruben auszuwerfen. Die Herbstpflanzungen ist beendet. Durch Graben ist den alten Obstbäumen möglichst viel Winterfeuchtigkeit

zuzuleiten. Wegen des Auftretens freier Fröste sind Schuttschichten bereitzustellen. Für Hirsche verwendet man am besten Lannereis. Dieses ist leicht und schließt genügend gegen Frost. Im Frühjahr fallen die Nadeln nach und nach ab, und es kommt allmählich wieder mehr Luft und Sonne an die Blätter. Für Weinreben genügt in rauhern Gegenden eine leichte Hülle von Stroh. Die Weinreben sind den ganzen Winter hindurch noch festzuhalten. Die Spaltreife von allen hängenden Laubzweigen ist zu säubern. Gegen schädliche Käuze und Insekten werden alle Zweige mit einem Schutzmittel bestrichen bzw. besprüht. Der Boden unter den Spaltreife ist von allem Laub zu säubern, zu graben und mit einer Dünnerschicht zu bedecken, wodurch die empfindlichen Wurzeln gegen Frost geschützt werden. Die Dünnerschicht ist täglich nachzusehen und faulige Erde sofort zu entfernen. Die Temperatur in denselben soll tief sein, aber nie unter 0 Grad sinken.

Die Dauerlupine.

(Mit Abbildung.)

(Nachdruck verboten.)

Man darf sie nicht mit der „perennierenden“ verwechseln. Die Stauden der Dauerlupine werden 1 bis 1,50 Meter hoch, die der perennierenden nur 50 bis 75 Zentimeter. Die Dauerlupine hat 4 bis 12 Samen in der drei Zentimeter breiten Hülle, die perennierende nur 4 bis 5 in der vier Zentimeter breiten Hülle. Die Samen sind viel kleiner als bei den bekannten einjährigen Arten. (Im ganzen soll es etwa 100 Sorten geben, die meisten in Amerika.)

Die Dauerlupine wurde bisher wegen ihrer langen blauen Blütenstände in Gärten gern angebaut. Da sie aber durch Schilffrost und Humusanreicherung und Aufschlebung des Bodens sehr nützlich ist, sollte sie von Eisenbahnverwaltungen und Forstleuten viel mehr beachtet werden. In Weidmatten macht sie den Boden lugefähig, und in der



Waldwirtschaft unterdrückt sie Gras und Heidekraut und bietet dem Wilde Deckung und Futter. Wenn auch offenbar Weiden besser schmeckt, so wird doch das Kraut der Dauerlupine nicht ungern angenommen, solange es jung und grün ist. Später natürlich auch noch in Weiden.

Die harthaltigen Samen können schwer. Daher wird Barqueilen und Äpfeln empfohlen. Gegen Versäulen, Verunreinigung und Winterfalle ist die Lupine unempfindlich. Staudenblau trägt sie natürlich auch nicht. Die Hülsen platzen leicht und ungleich.

Dr. B. Breslau glaubt, daß die lebende Dauerlupine wurzel eine Lebensgenossenschaft (Symbiose) mit jungen Forstpflanzen eingehen kann und Sclitstoff an sie abgibt. Do es außerdem in jüngster Zeit Prof. Bour, München, gelungen ist, giftfreie Lupinen zu züchten, so dürfte die Lupine mit ihren 30 bis 40 Prozent Eiweiß bald einen der ersten Plätze unter den Futterpflanzen gewinnen. C. L.

Da kam jetzt auch sie zu und stand nun vor ihr. Den verschiedenen Gesenpaaren, die nach ihnen hinsahen, verbedete seine Gestalt völlig die ihre und so sagte er:

„Du denke doch, wir wollen kein Schauspiel bieten, weil aus der Zufall hier zusammengeführt hat.“
„Der Zufall? Abgetartete Kommode ist's! Und das zu gibt du dich her!“

Er wurde brennend rot. Als ob er's bei ihrem Anblick nicht selber vermüht hätte, daß er heute morgen nur zu bereitwillig die kleine Sandbabe ergriffen, die ihm der Samiegepapa geboten, um das, was zwischen ihm und Edith geredet worden, auf möglichst gute Wämer wieder aus der Welt zu schaffen.

„Wann gebe ich mich her?“
„Ihre Lippen bewegen sich, als liege bitterer Schmerz darauf.“ „Zeugne doch nicht auch noch. Das alles ist ja so schon unwarer genug.“

„Edith! Geh' vorläufiger um mit deinen Worten. Wer ist unwarer?“

„Du bist's — ihr alle seid's — ihr alle!“
Der Keller wollte mit einem gefälligen Lächeln zur Tür gehen, sie müßten zur Seite weichen und Rahmsun hob sich über Ediths Ohr:

„Gedenkt du dieses Zusatzeprämi zwischen Tür und Angel noch weiter auszubehalten?“
Sie war blaß, als wäre kein Tropfen Blut mehr in ihr. Dabei hob sie den Fuß und machte einen Schritt voran.

„Du hast ganz recht. Weger als dieses hier kann das dort drüben auch nicht sein.“
Langsam, automatenhaft bewegte sie sich zu den anderen hinüber.

Rahmsun war noch einmal an den Tisch zurückgekehrt, um die Rechnung zu begleichen, dann kam er wieder und setzte sich neben Edith.

(Fortsetzung folgt.)

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen nicht erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Laubend, auszüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 123

Dienstag, den 21. Oktober 1930

32. Jahrg.

Finanzlage der Großstädte.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat in voller Uebereinstimmung mit den Organisationen der Städte, den Organen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und allen Sachkreisen die schleunigste Erweiterung der Arbeitsfürsorge gefordert, weil es unmöglich ist, den überaus verschleierten sich auswirkenden Notstand der langwährenden Erwerbslosigkeit total finanziell zu bewältigen. An dieser Forderung ist die Reichsregierung wohlüberlegt, um das Sanierungsprogramm des Reichsbudgets nicht zu gefährden, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß dies eine Vogel-Strauß-Politik mit überaus erlittenen Folgerungen sein muß. Jedemfalls würde die notwendige Belastung aus dieser Arbeitslosenfürsorge durch zentrale Maßnahmen von dem deutschen Volke verhältnismäßig leichter zu tragen sein, als wenn durch überdurchschnittlich hohe neue Kommunalsteuern gerade in den durch die Arbeitslosigkeit am härtesten betroffenen Bezirken und Gemeinden auch die noch im Gang befindlichen Wirtschaftsbetriebe in unmäßiger Weise gelähmt werden.

An Stelle der Aushebung der Arbeitsfürsorge ist die Möglichkeit zur Erhöhung der Biersteuer mit einem voraussetzlichen Mehraufkommen von 50 bis 60 Millionen Mark für den Rest des Haushaltsjahres, zur Erhebung einer allgemeinen Getränkesteuer, deren Ertrag bei einem Satz von 10 Prozent auf etwa den gleichen Betrag zu schätzen sein dürfte, und zur Einführung der scharf umstrittenen und vom Städtetag mit zutreffenden Gründen wiederholt abgelehnten Bürgerabgabe mit einem möglichen Aufkommen von 120 bis 150 Millionen Mark gegeben worden.

Der Ertrag dieser drei Steuern reicht, wenn die Städte selbst unter dem Zwang der Verhältnisse sie einführen sollten, nicht annähernd aus, um die bereits feststehenden Fehlbeträge des Haushaltsjahres 1930 zu decken. Ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Krise ja auch erhebliche Steuerausfälle bringt, die hier durch rigorose Einschränkungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen!

Diese Lage der großstädtischen Finanzen zwingt immer wieder zur Prüfung der Frage, ob und welche lokalen Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden können. Die Reichsregierung plant die bekannte Verklärung des Raumpogramms. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ist anzunehmen, daß bei der Verteilung der Mittel die Großstädte keine besonders günstige Position haben werden. Es ist aber auch nicht damit zu rechnen, daß dadurch eine wirkliche Besserung herbeigeführt werden kann, so sehr man den Versuch einer beschränkten Aktion billigen und fördern mag. Noch sind die deutschen Städte gerade mit ihren bedeutenden schwebenden Krediten über die Gefahrenzone nicht hinaus. Die Konsolidierungsaktion geht nur sehr langsam voran, nachdem Wirtschaftnot und Kapitalflucht zu einer gefährlichen Verringerung des Spareinlagenzuwachses geführt haben. Die Märkte der spekulativen Wertpapiere sind seit einigen Wochen in Unruhe, und die Aussicht auf Unterbindung größerer kommunaler Anleihen steht bei der augenblicklichen Lage und der unübersichtlichen politischen Entwicklung nicht günstig; auch die Aufnahmehöhe des Auslandes ist gering. Andererseits muß der große Fehlbetrag des laufenden Haushaltsjahres mindestens vorübergehend — bis neue Steuerbeschlüsse wirksam werden — den kommunalen Kassenbedarf erheblich steigern. Die gegenwärtige Geldmarktverflechtung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß hohe kurzfristige Verbindlichkeiten eine Gefahr bleiben und die Konsolidierung wichtige finanzielle Aufgabe ist, daß vor allem nicht neue Investitionen mit kurzfristigem Verbleib in Angriff genommen werden dürfen, auch nicht oder erst recht nicht für Hilfsanstellungen.

Die bedeutendste Aufgabe aber wird den deutschen Großstädten wie allen öffentlichen Körperlichkeiten bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 1931 erwachsen. Es darf nur ein klar vollkommener Rücktritt und harter Erkenntnis unserer Gesamtlage sein. Überall wird man sich geordnetes und Schönes offen müssen, um Wichtiges zu erhalten! Vor allem aber muß die organisatorische Verbesserung des Verwaltungsapparates, die radikalste Vereinfachung vermeintlicher Kosten und die volle Durchleuchtung der Zahlen überall durchgeführt werden. Auch dann wird es bei der Steigerung der Arbeitslosenlasten und dem Rückgang der Einnahmen nicht möglich sein, ohne neue steuerliche Belastungen durchzuführen, und es stehen gerade den großen Gemeinden schwere politische Kämpfe in den Selbstverwaltungsorganen bevor, deren positive Austragung aber nur möglich ist,

wenn auch bei der Finanzausgleichsgeheißung auf diese künftigen Lebensbedürfnisse mehr Rücksicht als bisher genommen wird. Aber in allen Schwierigkeiten der Gegenwart wollen wir nicht vergessen, daß Zeiten schwerer Not, wie sie die deutschen Großstädte gegenwärtig durchleben, dann nicht unfruchtbar gemessen sind, wenn sie Antrieb und Zwang zur Verbesserung und Verbilligung unserer öffentlichen Leistungen werden und uns allen in immer größerer Maße das Gewissen schärfen für die sparame Verwaltung öffentlicher Gelder.

Die große Debatte.

Sturmjahren im Reichstag.

Berlin, 17. Oktober

Der Reichstag begann seine Sitzung bereits um 10 Uhr vormittags, und zwar wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Schuldentilgung beraten. Als erster Redner kam der Kommunist Dr. Neubauer zu Wort, um einen kommunalistischen Antrag auf schwerste Befragung der Kapitalverleiher zu begründen. Als er hierbei erklärte, daß der Nationalsozialist Feder kurz vor dem Hitler-Putsch sein Kapital ins Ausland gebracht habe, kam es zu tumultarischen Zwischenfällen.



Abg. Dr. Banq (Dtn.) meinte, daß sich die Regierung über die finanzielle Wirkung ihrer Vorlage täusche. Alle Verfügungen des Ministers in seiner vorjährigen Rundumrede über die deutsche Finanzentwicklung seien durch die Tatsachen widerlegt worden.

Nach Ablehnung deutschnationaler und nationalsozialistischer Änderungsanträge wurde das Schuldentilgungsgesetz nach der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Aussprache

über die Regierungserklärung wird dann eingeleitet durch den

Abg. Müller-Franken (Soz.)

Die Nationalsozialisten und ein großer Teil der Deutschen verlassen den Saal. Der Redner erklärt, daß nach dem durch die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes ausgedrückten Vertrauen die Wirtschaftsanträge eigentlich überflüssig seien. Die Sozialdemokratie wird sich von seiner Partei den Zeitpunkt vorbeziehen lassen, an dem sie zum Angriff gegen dieses Kabinett vorgeht. Sie wird in ihrer Haltung bestärkt durch das Auftreten der Deutschen und der Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Der nationalsozialistische Wirtschaftslehreprofessor hat zur Aufhebung der Zinsfremdschaff eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er voll inhaltlich abgelehnt hat und zwar aus dem dritten Buch Moses, Kapitel 25. Es ist bezeichnend, daß die Nationalsozialisten ihre Anleihe ausgerechnet bei Moses und den Propheten machen (stürmische Heiterkeit).

Die vollständige Aufhebung dieser Notenordnung wäre aber nicht zu verantworten, weil sonst die Arbeitslosenversicherung verloren wäre.

In der Außenpolitik stimmen wir der Erklärung des Reichszanzlers zu. Hitler hat in der Auslandspresse ja erklärt, ein von ihm geführtes Deutschland werde alle Verpflichtungen erfüllen. Im Abdruck des Wollfischen Beobachters lesen allerdings diese Bemerkungen (hört, hört). Zum Schluss erklärt der Redner, daß die Sozialdemokratie ein Wort gegen jede Reaktion sei. (Beifall bei den Soz.)

Söhr übernimmt das Präsidium.

Präsident Löbe übergibt die Leitung darauf dem Abgeordneten Söhr.

Abg. Straßer (Nat. Soz.)

wird von seinen Freunden mit lebhaften Heil-Rufen begrüßt. Er betont, daß seine Partei von deutscher Art ist. Die Bilanz des zwölfjährigen sozialdemokratischen Systems sei ein verarmter Bauernstand, ein zerstörter Mittelstand, ein Goldwirtschaft, die durch ihre Lug- und Trugführung das Volk ins Verhängnis führe.

Der Staat bringe seit Jahren die Steuern nur noch herein, indem er die Interessen der einzelnen Bevölkerungsstufen gegeneinander auspöbele. Dieser Staat flueure das Volk immer tiefer in die Schuld der Arbeitslosigkeit hinein. Was ist aus dem Bismarck'schen Reich geworden! Es herrscht Fäulnis, Korruption, Verbrechen. Das ist die Bilanz ihrer (zu den Soz.) zwölf Jahre!

(Stürmischer Beifall bei den Nat. Soz.) Wir sind die Vertreter des neuen Deutschlands.

Wir werden raus, aber ehlich die fittliche Staatsidee wieder durchsetzen. Unser Ziel ist die Befestigung des Vaterlandes in der deutschen Wirtschaft, das Landvolk, der Arbeitsschicht und Gründung der Landwirtschaft, der Arbeitsschicht und Anwendung unserer Geschäftswirtschaft. Wir verlangen nicht nur ein Arbeitsdenkjahr, sondern eine allgemeine Wehr- und Arbeitspflicht. (Beifall rechts.)

Dann werden die Kräfte genommen, die die Verträge auf neue Grundlagen stellen werden. Das Volk hat uns für unsere Ideen einen Vertrauensbeweis gegeben, wie er in der Geschichte aller parlamentarischen Länder noch nicht dagewesen ist (Zustimmung rechts). Das Vertrauen des Auslandes ist nicht durch uns, sondern durch die Altrumpdrücker der jüdisch-marristlichen Presse geföhrt worden. Wir wollen keine Klassenhege und keine Judenverfolgung, sondern nur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben. (Lebh. Beif. b. d. Nat. Soz.)

Wir wollen keinen neuen Krieg, denn die Welt kann nur gewinnen, wenn die führenden alten Kulturvölker unter sich einig sind. Wir scheuen aber einen Krieg nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, die deutsche Freiheit wieder herzustellen.

(Beifall rechts.) Wahrheit allein wird das Volksgift der Kriegsschuldliche verdrängen. Der Redner äußert sich dann zu der Erklärung des Abg. Müller, das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten sei von Moses und den Propheten abgeschrieben. Er erklärt: Moses war zweifelslos einer der größten Gesetzgeber, und wenn er sich damals gegen den Zinswucher wandte, dann ist das ein Beweis, daß die Juden damals genau so waren wie heute. (Stürmischer Beifall rechts.) Der Redner geht dann auf die Regierungserklärung ein. Sozialpolitik sei notwendig, dürfe aber nicht zu einem Verborgensinstitut von Zehntausenden sozialdemokratischer Faulenzer werden. (Erneuter Beifall rechts.) Die Außenpolitik habe uns auch nicht einen Zentimeter vorwärts gebracht. Der Kapitalwucher werde man herr werden, wenn man sie dem Landeserrat gleichstelle und sie mit Zuchthaus bestrafe. Aus der Lausache der Nichtabprüfung der anderen Staaten sollte man die Folgerung ziehen und den Verfall der Vertrag als unglücklich erklären. Der Redner spricht zum Schluss der Regierung das Vertrauen seiner Partei aus, besonders dem Minister Groener, der die Politik des Vertrauens vorziehe. (Der Reichszanzler verläßt den Saal.)

Abgeordneter Söhr weist darauf hin, daß der Abg. Straßer dem Minister Groener Eidbruch vorgeworfen habe. Dafür müsse er ihn zur Ordnung rufen.

Abg. Dietz (Komm.)

stellt fest, daß die Minister der Rede des Nationalsozialisten unbedingte Zugehörigkeit hätten. Die Kommunisten würden dafür sorgen, daß die Minister für immer von diesen Vätern verschwinden. Während der Rede leert sich der Saal fast vollständig. Die Rede des Reichszanzlers sei gemäßigter als die Saue zu dem Braten gemessen, den man der Bourgeoisie fernere. Das Programm sei ein Hummerprogramm.

Der Lohn- und Gehaltsabbau bedeute das Gegenteil von einer Stärkung der Kaufkraft. Hier zeige sich der ganze faule Zauber des Programms der Zins- und Regierung. Als der Redner die Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes und der Antifaschistischen Jugendorganisation der KPD fordert, erheben sich die Kommunisten und bringen ein dreimaliges „Rot Front!“ auf diese Degeneration aus. Wir wollen, so schließt der Redner, das freie Sowjet-Deutschland!

Abg. Joss (Ztr.)

erklärt, seine Fraktion billige die Regierungserklärung in ihrem Ziel und in den Wegen zu diesem Ziel. Die Zeiten